

Der emotionale Aufstand

Verhandlungen um eine Politik der Gefühle in Zeiten der Krise

BRIGITTE BARGETZ, MAGDALENA FREUDENSCHUSS

Empörung über die „Gier nach Macht“ treibt die Proteste in Spanien im Mai 2011 an. Die Aktivist_innen definieren im Spannungsfeld zwischen Empörung und Gier ihren Protest (vgl. Manifest von Democracia Real Ya 2011). Gefühle nehmen in der Artikulation dieser „neuen politischen Kraft“ (Perger, Die Zeit, 26.5.2011) eine zentrale Rolle ein. Sie charakterisieren sowohl Akteur_innen als auch Adressat_innen des Protests. Die einen tragen ihre Wut und Empörung über die Gier der anderen auf die Straße. Ähnliches lässt sich für die Proteste in Griechenland feststellen. Auch hier artikulieren, so die fast einhellige Meinung in den Medien, die Vielen ihre Wut über eine Politik der Wenigen, die ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten mindert. Die Verknüpfung von Politik und Empörung erschien ein Jahr zuvor noch als politische Leerstelle. In seinem schmalen Pamphlet „Indignez-vous!“ (Empört Euch) forderte Stéphane Hessel (2011) mehr politische Empörung der Jugend. Wohl eher zufällig traf er damit den Nerv der kommenden Monate: Von den arabischen Aufständen schien die europäische Jugend zu lernen. Frustration, Empörung, Wut und Zorn fanden ihren Weg in die Öffentlichkeit. Die ringsum diskutierte (Finanz-)Krise erhielt ein politisch-emotionales Protestetecho.

Im europäischen Kontext spielen drei Ereignisse medial eine zentrale Rolle: Erstens ziehen die Proteste in Spanien ob ihrer breiten gesellschaftlichen Resonanz und insbesondere ihres gewaltfreien Charakters Aufmerksamkeit auf sich. Zweitens werden demgegenüber die Ereignisse in Großbritannien als eine Geschichte der Gewalt und der unpolitischen Revolte medial aufgearbeitet. Drittens kombiniert sich in den griechischen Protesten das politische Moment mit der Frage nach Gewalt; außerdem wird hier eine direkte Verbindung zwischen europäischer und nationaler Politik gezogen. Alle drei Ereignisse lesen wir als emotionale Aufstände. Zum einen verweisen die Selbstartikulationen der Protestierenden auf Wut als politisches Moment. Zum anderen analysieren wir die medialen Diskursinterventionen aus feministischer Perspektive als politische Intervention: Wir loten die Bandbreite medialer Thematisierungen von Emotionen und ihre Relationierung mit dem Politischen aus.¹ Ausgehend von der Prämisse, dass (Print-)Medien Teil hegemonialer Ordnungen sind (vgl. Freudenschuß 2011; Gramsci 1995), begreifen wir diese Aufarbeitungen der emotionalen Aufstände als Momente „öffentlicher Gefühlsorchestrierung“ (Berlant 2005). Wir fassen Gefühle also als Teil politisch wirkmächtiger Diskursartikulationen und rücken hier aus hegemonietheoretischer Perspektive unser Erkenntnisinteresse auf die Lesarten und die medial generierten und offerierten Deutungsangebote.

Politik und Gefühle: Ein feministischer Analyserahmen

Dem seit über einem Jahrzehnt zu beobachtenden „Affektboom“ (Hammer-Tugendhat/Lutter 2010), der gleichermaßen das mediale und wissenschaftliche Feld durchzieht, gehen zahlreiche Auseinandersetzungen mit Gefühlen aus feministischer Perspektive voraus. Frauenbewegungen und feministische Wissenschaftlerinnen kritisierten den vermeintlichen Ausschluss von Gefühlen aus der Politik sowie die hierarchisierende, vergeschlechtlichte Trennung von Politik und Gefühl und forderten die „Rehabilitierung von Gefühlen in der Politik“ (Sauer 2007, 177) ein. Die Dichotomie Politik-Gefühl wurde dabei nicht nur als Konstrukt, sondern darüber hinaus als wirkmächtiges politisches Instrument für die Hervorbringung und Perpetuierung von Herrschaftsverhältnissen reflektiert: Über eine emotional begründete hierarchische Geschlechterordnung sollte nicht nur der patriarchale, sondern auch der kapitalistische Staat abgesichert und mobilisiert werden. Dies verdeutlicht die auch emotional begründete geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ebenso wie gegenwärtig die Ökonomisierung von Gefühlen als Motor des unternehmerischen Selbst (vgl. Foucault 2004; Sauer 2007).

Drei Momente der feministischen Kritik an der Dichotomie Politik-Gefühl wollen wir für unseren Zusammenhang hervorheben; alle drei können als Momente emotionaler Macht gefasst werden (vgl. Bargetz 2012): Die Dichotomie Politik-Gefühl verweist erstens auf Emotionalisierung als politische Delegitimierung. Emotionalisierung, d.h. die Zuschreibung von Emotionalität, erlaubt die Aberkennung von vernünftigem Handeln und mithin des Politischen. Damit eng verwoben ist zweitens die Vergeschlechtlichung, aber auch die Klassisierung und Rassisierung von Emotionen. Indem Gefühle als privat sowie als zentrales Merkmal von Frauen und Subalternen (vgl. Spelman 1989) gelten, begründet die Delegitimation von Gefühlen auch die Delegitimation dieser Subjekte und ihrer Handlungen. Drittens ist die mit der Aufklärung ihre Wirkmacht entfaltende Trennung Politik-Gefühl nur vermeintlich eindeutig und vielmehr paradox. Denn einige Gefühle galten durchaus als Aspekte von Politik und Öffentlichkeit. Dies verdeutlicht Max Webers Idealtyp des leidenschaftlichen Politikers ebenso wie etwa die kapitalistisch gewinnbringende, männlich konnotierte Habsucht (vgl. Sauer 2007). Nicht alle Gefühle sind also gleichermaßen aus der Politik ausgeschlossen. Als Demarkationslinie erweist sich deren geschlechtsspezifische, aber auch die klassenspezifische sowie ethnisierte/rassisierte Zuschreibung. So dienen die Zuschreibungen von Irrationalität und Gefühlsbetontheit auch der symbolischen Marginalisierung von qua Klasse und Ethnizität/race als different markierten Gruppen. Diese drei Momente feministischer Kritik greifen wir für den aktuellen Diskurs um Krisenproteste und Wut als kritische Reflexionsinstrumente auf. Der Blick auf drei unterschiedliche geographisch-politische Zusammenhänge erlaubt es uns dabei, das Gefüge von Politik und Geschlecht für die aktuellen Krisenzusammenhänge in unterschiedlichen Schattierungen zu reflektieren.

Wütend durch die Krise?

Wut, Empörung und Zorn sind die zentralen Emotionen in der medialen Aufarbeitung der Proteste in Griechenland, Großbritannien und Spanien. Doch sind diesen medialen Deutungsangeboten zufolge alle Aufständischen gleichermaßen berechtigt, wütend durch die Krise zu gehen? Entscheidend, so argumentieren wir, sind für die Legitimation von Wut als Ausdruck des Politischen die ineinander verwobenen Bezüge auf Klasse, Geschlecht und Ethnizität/race. Die Legitimität ihrer Kritik und ihres Handelns bemisst sich medial an der gesellschaftlichen Positionierung der wütenden Subjekte. Aber auch die konkreten Zuschreibungen an die Empörten sind maßgeblich für eine politische Charakterisierung ihrer Interventionen. Wie viel Platz den Anliegen der Empörten in der medialen Berichterstattung eingeräumt wird, lesen wir schließlich gleichfalls als Ausdruck der Legitimation ihrer Politik.

Legitime empörte Subjekte finden sich zuvorderst in der Berichterstattung über die spanischen Aufstände. Ihre Wut ebenso wie die Begründungen dieser Wut – vorrangig ihre Kritik an einer korrumpierten politischen Klasse sowie an hoher (Jugend-) Arbeitslosigkeit – finden mediale Anerkennung. Dabei werden die Empörten (Indignados) als „intelligente, junge, politisch interessierte, wenngleich enttäuschte Bürger“ (Perger, Die Zeit, 26.5.2011), als „Emsige und Ernsthafte“ (Ingendaay, FAZ, 24.5.2011) charakterisiert. Sie sind „friedlich, freundlich, geduldig, auf Sauberkeit und Ordnung bedacht“. Sie „wissen, was sie wollen, und arbeiten dafür“ (Perger, Die Zeit, 26.5.2011). Die Subjekte der Empörung werden durch positiv besetzte und hegemonial konsensfähige Ausdrucksformen charakterisiert. Ihre Empörung als selbst gewählte Artikulationsform gilt als legitime politische Strategie. Als Motor politischen Protests, der sich „mit viel Humor“ und „kreativen Slogans“ (ebd.) zeigt, findet ihre Wut medial Anerkennung. Deutlich wird diese Akzeptanz auch daran, *dass* und *wie* die Empörten als Sprechende (re-)präsentiert werden: Sie sind nicht nur vorwiegend jung, sympathisch und schön, wie es die mediale Aufarbeitung nahe legt. Die Protagonist_innen des emotionalen Aufstands werden darüber hinaus als männlich vorgestellt. Von den „vielen unbekanntem Erfindern“ (ebd.) finden sich vor allem junge, gut ausgebildete Männer in den Medien zitiert.² Dem basisdemokratischen Protest der Puerta del Sol wird darüber eine hegemonial passförmige, häufig auch hierarchisch organisierte Repräsentationsstruktur zugeschrieben. Politik, auch jene der Wirklichen Demokratie jetzt (Democracia Real Ya), scheinen weiterhin vorwiegend privilegierte Männer zu machen.

Auch den Anliegen der griechischen Empörten (aganaktismenoi) wird in der medialen Berichterstattung Platz eingeräumt. Die mediale Bewertung dieser Proteste bleibt indes uneindeutig. Denn der Unmut der Protestierenden wird auch als Unwissen deklariert. Die Anliegen der Empörten Athens – von Frauen und Männern, Alten und Jungen, Arbeiter_innen und Bewohner_innen Athener Nobelviertel –, seien nämlich perspektivlos, wenn es um die Frage gehe, was „an die Stelle der bestehenden Parteien und Politiker“ (Höhler, Die Zeit, 31.5.2011) treten solle.³ Die „blanke Wut“ (Diehl, Der Spiegel, 30.6.2011) der Aufständischen berge vielmehr die Gefahr,

das Land in die „Unregierbarkeit“ (Martens, FAZ, 7.6.2011) zu führen. Die Proteste der Empörten, ihr Vertrauensverlust in Parteien und ihre Kritik insgesamt werden damit medial problematisiert. Wut, Irrationalität und politische Delegitimierung finden sich hier eng verkettet. Die in der feministischen Kritik ausgewiesene Spannung zwischen Vernunft und Gefühl als de-/legitimatorischer Rahmen findet sich im medialen Durcharbeiten des griechischen Aufstandes bestätigt.

Während die Aufständischen in Spanien als gebildet und arbeitsam in die mediale Darstellung eingehen, sind es in Großbritannien negative Stereotypisierungen: „(H)albwüchsige Mephistos“, „Dynastien von Sozialhilfeabhängigen“ (Johnson, Welt, 12.8.2011) und „Asoziale“ (Darnstädt/Evers/Scheuermann, Der Spiegel, 86) werden in den Mittelpunkt jener Ereignisse gestellt, in denen es „um nichts als tumbe Zerstörungswut, um Gewalt der Gewalt wegen“ (ebd.) gehe. In Bezug auf den Zusammenhang von Wut und Politik findet in der Darstellung der Ereignisse in Großbritannien ein Perspektivenwechsel statt. Empörung empfinden die Medienvertreter_innen beziehungsweise ein integriertes, gesellschaftliches „Wir“, nicht die Aufständischen. Der britische Aufstand gilt damit nicht als Ausdruck legitimer politischer Kritik. Dessen Emotionalität zeigt vielmehr den Rückfall in den „Hobbes’schen Krieg aller gegen alle“ (Johnson, Welt, 12.8.2011) an. Als symptomatisch gilt hierfür gleichermaßen die Teilnahme von (gesellschaftlich gut situierten) Frauen wie die „Studentin der britischen Oberklasse“ und jene des „protestierenden Lumpenproletariats“ (Oldag, Die Süddeutsche, 16.8.2011). Als Problemmilieu werden gleichfalls Jugendliche „aus der westindischen und afrikanischen Minderheit“ (Krönig, Die Zeit, 10.8.2011) ausgemacht. Rassisierung, Klassisierung und Vergeschlechtlichung, aber auch Emotionalisierung als Ausweis irrationalen Handelns haben wir als zentrale Momente feministischer Kritik hervorgehoben. Diese Momente finden sich mit delegitimierender Wirkung in der Diskussion der britischen Aufstände wieder.

In Großbritannien stehen also nicht die emotionalisierten Subjekte und deren Motive – wie beispielsweise die Kritik an institutionellem Rassismus – im Vordergrund. Eine Politik der Gefühle wird hier vielmehr von einer sich in der medialen Berichterstattung Raum schaffenden Dominanzgesellschaft betrieben. Diese blickt entsetzt und verängstigt auf die Londoner Proteste. „(G)egen uns“ (Johnson, Welt, 12.8.2011) richtet sich der Protest – „was die Briten sahen, war hässlich, bedrohlich, beängstigend“ (Darnstädt/Evers/Scheuermann, Der Spiegel, 84). Die deutungsmächtigen Instanzen sind es, die von Beunruhigung und Verachtung gegenüber den Aufständischen, von einem „Volksfest des Irrsinns“ (dies., 86) sprechen. In der medialen Bearbeitung artikulieren sie ihre eigenen Gefühle, während die Subjekte der Aufstände zu Objekten und mithin zu „Beobachteten“ gemacht und in ein paradoxes Gefüge aus Rationalität und Irrationalität gesetzt werden. Diese Perspektivenverschiebung zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die Aufstände als Effekt einer zu toleranten Politik seitens der Dominanzgesellschaft gegenüber den „Chaoten“ (Johnson, Welt, 12.8.2011) gedeutet werden.

Maskulinistischer Staat und Kapitalismus in der Krise

Die hegemoniale mediale Verarbeitung vom Umgang mit der (den) Krise(n) haben wir bislang in erster Linie im Fokus auf die Subjekte verfolgt. Im Folgenden wollen wir die feministische Analyseperspektive auch auf den Gegenstand der Kritik richten, wie er in der medialen Aufarbeitung sichtbar wird. Welche Krise(n) werden im Spannungsfeld von Gefühlen und Politik artikuliert? Insbesondere in der Berichterstattung über die britischen Proteste erkennen wir Verweise auf eine (zumindest) doppelte Krise. Das diskutierte Ende der „Zivilisation“ (Darnstädt/Evers/Scheuermann, *Der Spiegel*, 84) verweist auf eine Krise des Staates ebenso wie auf eine Krise des Kapitalismus. Beide Krisen enthüllen sich nicht zuletzt in Momenten der Emotionalisierung und damit verschränkt der Klassisierung, Rassisierung und Vergeschlechtlichung.

Insbesondere verschränken sich in der medialen Delegitimierung britischer Empörer Geschlecht und Staat. Beklagt wird, dass hier Gang-Anführer nebst Vater auch „den Lehrer, den Arbeitgeber, den Politiker, den Priester“ (Johnson, *Welt*, 12.8.2011) als Autoritätsfigur ersetzen. Die „Horden“ und „Banden“ (Krönig, *Die Zeit*, 10.8.2011) agieren somit in einem Raum, aus dem sich der Staat zurückgezogen hat. Stattdessen regiere hier die Verherrlichung von „Gewalt, Drogen und schnellem Reichtum“, und zwar unter „schwarzen Jugendlichen“ ebenso wie in der „weißen Unterschicht“ (ebd.). Der männliche, väterliche und paternalistische Staat hingegen erfüllt, so die Argumentation, seine Aufgabe der Lenkung und Erziehung nicht mehr, beziehungsweise könne er gerade das „Wichtigste“ wie „Liebe, Fürsorge, echte Bindungen“ (Darnstädt/Evers/Scheuermann, *Der Spiegel*, 86) nicht ersetzen. Angerufen wird hier nicht nur die Restituierung des Staates, sondern explizit die Restitutierung der patriarchalen Autorität des Staates und der daran geknüpften vergeschlechtlichten und vergeschlechtlichenden Institutionen wie etwa die der „Ehe“ (Johnson, *Welt*, 12.8.2011). Gelten die Vorherrschaft von Männern und „männlichen“ Interessen ebenso wie der Rekurs auf Institutionen hierarchischer Zweigeschlechtlichkeit als Ausdruck maskuliner Herrschaft (vgl. z.B. Brown 1992; Kreisky 1997), dann erweist sich die medial als staatlicher Kontrollverlust verhandelte Situation in Großbritannien auch als Krise des maskulinistischen Staates. Die Bewertung der Aufstände als Ausweis für fehlende Autorität und patriarchale Führung ebenso wie die medial verordneten Gegenmaßnahmen weisen die dabei skizzierte Krise auch als Krise einer maskulinistischen Gesellschaftsordnung aus. Die mediale Reaktion auf die Aufstände in Großbritannien ist damit nicht nur als Reaktion auf eine Krise des Staates, sondern auch als Reaktion auf das Brüchig-Werden beziehungsweise eine Umordnung der damit verschränkten Geschlechterordnung zu begreifen. In den britischen Aufständen werde die „affekthemmende Wirkung der Zivilisation“ (Spiegel, Darnstädt/Evers/Scheuermann, *Der Spiegel*, 85) wieder rückgängig gemacht. Hier wird nicht nur der androzentrische, sondern auch der eurozentrische Charakter der medialen Argumentationen deutlich. Die „Errungenschaften“ einer patriarchal geprägten „westlichen Moderne“ sehen sich konfrontiert mit „den Anderen“ im „Ei-

genen“. Mit dieser Abgrenzung gegen diese „Anderen“ wird nicht zuletzt die Norm einer eurozentrischen Ordnung bedient.

In der Diskussion über (il-)legitime handelnde Subjekte zeichnet sich zudem eine Verschränkung zwischen dem Politischen und Ökonomischen ab: Auffällig ist die medial sichtbar gemachte Kompatibilität der Forderungen und Protestformen mit neoliberalen Anforderungen in Spanien, wo die Politikformen der Empörten einen „demokratischen Markt der Utopien“ (Perger, *Die Zeit*, 26.5.2011) bedienen. Betont werden in der Aufarbeitung dieser Proteste jene Momente, in denen Empörung zwar als politische Artikulation erkennbar wird, die aber gleichzeitig nicht offenkundig mit der zugewiesenen Position der stillhaltenden Marginalisierten (im sozialen, ökonomischen Privilegiensystem) bricht. Dem gegenüber scheinen die als „Orgien“ (u.a. Oldag, *Die Süddeutsche*, 16.8.2011; Krönig, *Die Zeit*, 10.8.2011) deklassierten Protestformen in Großbritannien nicht neoliberal integrierbar. Zwar handeln die – durch den Bezug auf Orgien sexualisierten und abgewerteten – Aufständischen ebenso auf der Basis kapitalistischer Grundprinzipien. So gelte auch für die „Diebe“ „das volkswirtschaftliche Gesetz der Opportunitätskosten“ (Oldag, *Die Süddeutsche*, 16.8.2011). Der „wohlkalkulierte Beutezug“ (ebd.), die „gewalttätigen Shoppingtrips“ (Krönig, *Die Zeit*, 10.8.2011) enthalten damit durchaus eine spezifische ökonomische Rationalität, brechen aber mit den Spielregeln der herrschenden Marktlogik. Denn der Angriff auf Eigentum empört die medialen Vertreter_innen der Dominanzgesellschaft. In der Anrufung staatlicher Autorität scheint so die Bedrohtheit der ökonomischen respektive der kapitalistischen Ordnung durch. Das mediale Durcharbeiten dieser wütenden Proteste verweist insofern nicht allein auf eine ökonomische Krise, sondern gleichzeitig auf die politischen Dimensionen derselben. Die medialen Deutungsangebote lesen wir als Krisen- oder zumindest Unsicherheitsbearbeitungen, die ihrerseits gesellschaftliche Brüche sichtbar werden lassen.

Politik – Emotionen – Medien: Paradoxien emotionaler Macht

Ziel und Gegenstand von Empörung und Wut berühren in allen Fällen zentral die Frage dessen, wie gegenwärtig der (maskulinistische) Staat in seinem Verhältnis zu den Bürger_innen ebenso wie zur Ökonomie (nicht mehr) funktioniert. Das Verhältnis von Wut und Politik ist allerdings uneindeutig: Im spanischen Kontext wenden sich die Protestierenden von einer Politik ab, der sie Korruption vorwerfen. Sie entwerfen – aus ihrer Empörung heraus – neue Formen des Politischen und finden darin mediale Bestätigung. Der emotionale Aufstand fordert hegemoniale Politikformen heraus und einen neuen Raum des Politischen ein. Ungewohnt ist dabei auch, dass dieser Raum Reproduktionsbelange medial sichtbar miteinschließt: So gibt es beispielsweise Hinweise auf eine Kinderbetreuung auf der Puerta del Sol (Ingendaay, *FAZ*, 24.5.2011). Auch für den griechischen Kontext erscheint die Kritik der Empörten als Reaktion auf eine Krise des Staates, wodurch nicht zuletzt Raum für eine Politik der Straße eröffnet wird. Damit wird dem emotionalen Aufstand

eine politische Dimension unterstellt. Allerdings wird der Aufstand der Empörten in ihrer eingeschränkten politischen Handlungsmächtigkeit zugleich auch als besorgniserregend und tendenziell irrational, da politisch perspektivlos beurteilt. Die britischen Proteste schließlich oszillieren in der Einordnung zwischen adresslosen Aneignungsakten einerseits und empörter Beobachtung durch die Dominanzgesellschaft andererseits. Beide Deutungsangebote verknüpfen sich im Sinne einer Entpolitisierung der Ereignisse. Als politisch zu werten sind aus dieser Perspektive dann lediglich die Antworten der Dominanzgesellschaft auf diese „Ausbrüche“.

Die politische Kontextualisierung und De/Legitimierung von Wut und Empörung erfolgt in allen drei Kontexten mitunter über den Bezug auf Gewalt. Strukturelle Gewalt, verstanden als Ausbeutung, Korruption und institutioneller Rassismus, wird in den Begründungen der Aufständischen benannt. Sie verliert allerdings im medialen Durcharbeiten vielfach ihre erklärende Bedeutung. Hier fokussiert die Debatte dann auf die physische Gewalt der Protestierenden und nur selten auf die Staatsgewalt, wobei erstere jeglicher politischen Dimension entledigt ist. Gerade mit einem vielschichtigen Gewaltbegriff, wie er auch in der feministischen Politikwissenschaft diskutiert wird, gälte es aber die medialen Deutungsangebote kritisch gegenzulesen. Die emotionalen Aufstände im Europa der Krise(n) artikulieren Widerspruch. Sie brechen die Regeln hegemonialer Denk-, Sprech- und Handlungsweisen des Politischen. Der öffentliche Raum spielt dabei ebenso eine zentrale Rolle wie die Artikulation des Anspruchs auf gesellschaftliche, politische und ökonomische Teilhabe. Wut, so wird in der medialen ebenso wie in der politischen Praxis deutlich, thematisiert politische Ungleichheitsverhältnisse (vgl. Bargetz 2012; Lorde 1984). Gefühle und im Besonderen Wut als politische Artikulationen zeigen sich allerdings auf sehr unterschiedliche, teils auch widersprüchliche Weise. Durchgängig deutlich wird in den verschiedenen Kontexten, dass eine feministische Perspektive auf Gefühle im Kontext von Politik analytischen Mehrwert bringt. Einerseits wird die Artikulation von Gefühlen als politische Handlung erkennbar. Andererseits wird indirekt über die (vergeschlechtlichende) Bewertung artikulierter oder zugesprochener Gefühle Gesellschaft und politische Artikulation reguliert. Während das Instrumentarium feministischer Theorie eine politische Lesart dieser emotionalen Aufstände (auch) in ihrer emotionalen Dimension nahe legt, arbeiten Medien, hier verstanden als Teil hegemonialer Verhältnisse, die Proteste durch und bieten spezifische, herrschaftskompatible Deutungen an. So wird Wut als politisches Moment zwar medial bestätigt. Die Legitimität dieses Gefühls beziehungsweise seiner Artikulation ist allerdings nicht per se gewährleistet: Sie ist abhängig von den Sprechenden im weiteren Sinne. Klasse, Geschlecht und Ethnizität/race spielen als Zuschreibungen an die Sprechenden Subjekte eine zentrale Rolle für die Bewertung von Wut als politischem Moment.

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag erprobt die feministische Kritik an der Dichotomie Politik-Gefühl anhand von zehn Artikeln aus den Tageszeitungen Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung und Die Welt, sowie der Wochenzeitung Die Zeit und dem Nachrichtenmagazin Der Spiegel, die alle 2011 erschienen sind und explizit auf Emotionen im Kontext der drei Protestereignisse Bezug nehmen.
- 2 Die mediale Aufarbeitung entspricht hier der Situation der Proteste selbst: Christina Catellanos, Leticia Henar und Elvira Gonzalez (2011) kritisieren die männliche Dominanz im Kontext der spanischen Proteste – sowohl in Bezug auf personelle als auch die thematische Fragen.
- 3 Nicht zu Wort kommen allerdings Migrant_innen.

Literatur

Bargetz, Brigitte, 2012: ‚Wutbürgerinnen‘? Zum Verhältnis von Politik, Geschlecht und Emotionen. In: Mixa, Elisabeth/Vogl, Patrick (Hg.): E-Motions. Transformationsprozesse in der Gegenwartskultur. Wien, i.E.

Berlant, Lauren, 2005: The Epistemology of State Emotion. In: Sarat, Austin (Hg.): Dissent in Dangerous Times. Ann Arbor, 46-78.

Brown, Wendy, 1992: Finding the Man in the State. In: Feminist Studies. 18, 7-34.

Castellanos, Christina/**Henar**, Leticia/**González**, Elvira, 2011: Protests in Spain. A Gender Review. In: Femina Politica. 20 (2), 109-112.

Democracia Real Ya, 2011: Manifest. Internet: www.democraciarealya.es/manifiesto-comun-von-democracia-real-ya-aleman/ (29.1.2012).

Darnstädt, Thomas/**Evers**, Marco/**Scheuermann**, Christoph, 2011: Nimm, was du kriegen kannst. In: Der Spiegel, 33, 84-87.

Diehl, Jörg, 2011: „Wir brauchen einen Volksaufstand!“ In: Spiegel Online, 30.6.2011. Internet: www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,771602,00.html (29.1.2012).

Foucault, Michel, 2004: Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt/M.

Freudenschuß, Magdalena, 2011: Wider die Verletzbarkeit. Der printmediale Prekarisierungsdiskurs als Abwehrstrategie. In: Feministische Studien. 29 (2), 217-231.

Gramsci, Antonio, 1995: Philosophie der Praxis. Gefängnishefte 10 & 11. Hamburg.

Hammer-Tugendhat, Daniela/**Lutter**, Christina, 2010: Emotionen im Kontext. Eine Einleitung. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaften. Emotionen. 2, 7-14.

Hessel, Stéphane, 2011: Empört Euch! Berlin.

Höhler, Gerd, 2011: Griechen gegen die Troika. In: Die Zeit, 31.5.2011. Internet: www.zeit.de/wirtschaft/2011-05/athen-demonstration-sparpaket (29.1.2012).

Ingendaay, Paul, 2011: Handbuch der Überrumpelung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.5.2011. Internet: www.faz.net/-01vz0 (29.1.2012).

Johnson, Daniel, 2011: Wir müssen die rosa getönte, liberale Brille ablegen. In: Welt online, 12.08.2011. Internet: www.welt.de/kultur/article13541938/Wir-muessen-die-rosa-getoente-liberale-Brille-ablegen.html (29.1.2012).

Kreisky, Eva, 1997: Diskreter Maskulinismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/M./New York, 161-213.

Krönig, Jürgen, 2011: Der gefährliche Rückzug des Staates. In: Die Zeit, 10.8.2011. Internet: pdf.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-08/england-gewalt-jugend.pdf (29.1.2012).